

„Landwirtschaft ist Partner im Klimaschutz“

Der Klimawandel ist ein globales Problem und geht alle an. Darin besteht wohl Einigkeit. Die Bundesregierung hat sich dementsprechend ehrgeizige energie- und klimapolitische Ziele gesteckt. Im Gegensatz dazu sind sich aber zahlreiche Nationen uneins darin, welchen verbindlichen Beitrag zum Klimaschutz sie zu leisten bereit sind. Ebenso uneins verläuft die Diskussion darüber, welche Rolle die Landwirtschaft in Sachen Klimawandel spielt: Verursacher oder Lösung des Problems? Die Deutsche Bauern Korrespondenz hat bei Persönlichkeiten rund um das Thema Klimawandel nachgefragt, was ihr Plan allgemein und speziell auch für die Landwirtschaft ist.



Connie Hedegaard, EU-Kommissarin für Klimaschutz

Foto: EU-Kommission

Die Kopenhagener Vereinbarung vom letzten Dezember hat die Welt einen Schritt näher in Richtung auf ein globales Klimaabkommen für die Zeit nach 2012 gebracht, jedoch entsprach sie nicht ganz den Hoffnungen und Ambitionen der EU. Das Ziel, für das wir weiterhin kämpfen, ist die Festlegung eines umfassenden und ambitionierten globalen Abkommens, das auch rechtsverbindlich ist. Dies sollte während der UN-Klimakonferenz nächstes Jahr in Südafrika abgeschlossen werden. Das heißt aber definitiv nicht, dass nichts während der nächsten Klimakonferenz in Mexiko im Dezember erreicht werden soll. Im Gegensatz: Ein Bündel wirksamer Entscheidungen sollte in Cancun Ende 2010 vereinbart werden, um das Fundament zu legen.

Die Kopenhagener Vereinbarung bestimmt eine politische Leitlinie, die in die UN-Verhandlungstexte, die die Basis eines künftigen globalen Abkommens darstellen, integriert werden muss; beispielweise das 2-Grad-Celsius-Ziel, schnelle Klimahilfsmittel und das sogenannte MRV-System (measure, report, verify). Auf die Landwirtschaft muss auch eingegangen werden. Der Sektor trägt etwa 14 Prozent zu den globalen Treibhausgasemissionen durch Tierhaltung und Düngung bei, ohne die Freistellung des gespeicherten Kohlenstoffs im Boden und Emissionen aufgrund von Landnutzungsänderungen mitzuberechnen. Ebenso leidet die Landwirtschaft im Besonderen unter den Auswirkungen des Klimawandels – hauptsächlich in den armen Ländern.

Die wachsende Anerkennung der Rolle der Landwirtschaft hat zu der Gründung der Globalen Forschungsallianz zu landwirtschaftlichen Treibhausgasen geführt, deren Gründungsmitglieder

Deutschland und andere EU-Mitgliedstaaten sind. Diese Initiative ist ein guter Start, jedoch ist eine globale Aktion unter Federführung der UN-Klimarahmenkonvention erforderlich. Daher will die EU die baldmöglichste Einrichtung eines Arbeitsprogramms über Landwirtschaft, das von einer Unterorganisation der UN-Klimarahmenkonvention („Subsidiary Body for Scientific and Technical Advice“) eingerichtet werden soll.

Maßnahmen müssen aber auch zu Hause ergriffen werden. Die Abmilderung des Klimawandels sowie die Anpassung an den Klimawandel sollten eine viel zentralere Rolle in der gemeinsamen Agrarpolitik und in der ländlichen Entwicklung spielen, besonders in der revidierten GAP nach 2013, so dass die europäische Finanzierung mit unseren politischen Prioritäten im Einklang steht. Der bessere Schutz sowie ein besseres Management der Böden Europas, die einen erheblichen Kohlenstoffspeicher darstellen, sollten eine Schlüsselpriorität sein.



Friedhelm Decker, Umweltbeauftragter des DBV und Präsident des Rheinischen Landwirtschafts-Verbandes

Foto: Frank Ossenbrink/DBV-Archiv

In Kopenhagen konnten weder ein rechtsverbindliches Klimaabkommen noch eine von allen anwesenden Staaten akzeptierte politische Einigung verabschiedet werden. Ein Scheitern der Verhandlungen darf aber kein Scheitern der Bemühungen zum Klimaschutz zur Folge haben. Die Landwirtschaft ist unmittelbar von Klimaänderungen betroffen und hat daher ein vitales Interesse an einer konsequenten Klimaschutzpolitik. Entscheidend ist hierbei der weltweite Schulterschluss, da der Klimawandel ein globales Problem ist. Nationale Alleingänge verpuffen nur.

Mit der in Kopenhagen gegründeten globalen Forschungsallianz zu landwirtschaftlichen Treibhausgasen muss es gelingen, eine objektive und faire Bilanzierung der Rolle der Landwirtschaft im Klimawandel zu erreichen. Die Agrarforschung muss aus ihrem Schattendasein befreit werden, um die Anpassung der Landwirtschaft an den Klimawandel zu sichern. Die Landwirtschaft wird auch in Zukunft durch die Steigerung der Effizienz und der Produktivität der Erzeugung ihre Treibhausgasemissionen weiter senken. Hierbei muss aber die Sonderrolle der Landwirtschaft bei der Erzeugung von Nahrungsmitteln in offenen Systemen im Rahmen von natürlichen Prozessen Berücksichtigung finden. Verzichtsstrategien oder pauschale Reduktionsziele sind hier der falsche Weg. Daneben ist ein stärkeres Umsteuern in der Energieversorgung auf nachwachsende Rohstoffe und erneuerbare Energien mittelfristig eine alternativlose Strategie, bei der der Landwirtschaft durch den Anbau von nachwachsenden Rohstoffen und die Verwendung von Bioenergie eine tragende Rolle zukommt.

Für die Zukunft erwarte ich, dass die Leistungen der Landwirtschaft durch Bindung von Kohlenstoff in Böden, über die Vermeidung fossiler durch nachwachsende Rohstoffe oder durch Senkung der Treibhausgasemissionen als Beitrag stärker anerkannt und inwertgesetzt werden. Hierzu sollten die Versteigerungserlöse aus dem Zertifikatehandel genutzt werden. Grundsätzlich wünsche ich mir, dass die Landwirtschaft zukünftig mehr als Partner im Klimaschutz gesehen wird.



Jo Leinen, SPD, Mitglied des Europäischen Parlaments

Foto: EU-Parlament

Der Klimaschutz stellt eine der größten Herausforderungen unserer Zeit dar. Dies wurde auf dem Weltklimagipfel in Kopenhagen einmal mehr deutlich. Europa muss in allen Sektoren überprüfen, ob die Politik so ausgestaltet ist, dass wir unserer weltweiten Verantwortung gerecht werden können. Zu den vielen Bereichen, in der wir die europäische Politik reformieren

müssen, gehört neben der Energiewirtschaft, dem Verkehrssektor und der Industrie auch die Landwirtschaft. Eine nachhaltige Agrarpolitik steht vor vielen Herausforderungen: Sie muss landwirtschaftliche Betriebe in Europa erhalten, sie muss gewährleisten, dass Verbraucher mit qualitativ hochwertigen Produkten versorgt werden, und sie muss die natürlichen Ressourcen schützen. Zu Letzterem gehört auch ein verantwortungsvoller Umgang mit unserer Atmosphäre.

Die Landwirtschaft in Europa spielt eine wichtige Rolle beim Erhalt von Flächen, die zur natürlichen Speicherung von CO₂ genutzt werden, so etwa in der Forstwirtschaft oder in der Wasserwirtschaft. Andererseits ist sie durch die intensive Bewirtschaftung von Flächen für steigende CO₂-, Lachgas- und Methanemissionen verantwortlich. In den kommenden Jahren müssen wir in Europa Wege finden, wie der Schutz natürlicher Senken wegen der sich verändernden klimatischen Bedingungen verbessert werden kann. Auch die Landwirtschaft muss einen Beitrag zur Verringerung von Treibhausgasemissionen leisten. Beispielsweise durch die Vermeidung übermäßiger Beweidung, durch die verstärkte Nutzung lokal verfügbarer regenerativer Energien oder durch die Entwicklung innovativer klimaverträglicher Anbaumethoden, die den natürlichen Kreislauf respektieren.

Die nächste Überprüfung der europäischen Agrarpolitik wird sich diesem Thema stärker widmen, als dies bislang der Fall war. Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments setzt sich für die Förderung einer nachhaltigen Landwirtschaft ein, die gleichzeitig Schutz vor einem sich verändernden Weltklima bieten kann.



Karl-Heinz Florenz, CDU, Mitglied des Europäischen Parlaments

Foto: EU-Parlament

Wir wissen es längst – der Klimawandel hat uns alle eingeholt und ist allgegenwärtig, niemand und nichts können sich ihm entziehen. Die Landwirtschaft ist weltweit vom Klimawandel unmittelbar betroffen und leidet direkt unter den negativen Auswirkungen, führen doch Starkregenfälle, extreme Hitzeperioden oder Wasserknappheit zu Ernteaussfällen.

Zum anderen wird argumentiert, dass intensive Landwirtschaft, Massentierhaltung oder der falsche Einsatz von Mineraldüngern zu einer Veränderung des Klimas beitragen. Allerdings ist hier eine differenzierte Sichtweise vonnöten. Die

Landwirtschaft bewirkt andererseits auch in erheblichem Maße eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen durch Bewirtschaftung großer Ackerflächen, Weiden sowie Wälder und damit eine höhere Einlagerung von Kohlenstoffdioxid.

Durch vermehrte Forschungstätigkeiten sollten die Chancen und Möglichkeiten, die nachhaltige und umweltfreundliche Anbaumethoden, neue Technologien oder die Biotechnologie in der Saatgut- und Pflanzenzucht bieten, herausgefunden werden. Es muss geprüft werden, ob Anpassungschancen bestehen und eine Umstellung der Landbewirtschaftung weltweit auf angepasste Kulturpflanzen gefördert werden kann.

Kopenhagen hat uns nicht das Abkommen gebracht, auf das wir alle gehofft haben. Grund hierfür waren nicht fehlende finanzielle Zusagen oder eine fehlende Einigung auf die Höhe der Reduktionsziele, sondern mangelndes Vertrauen. Die Vorbereitung für den Klimagipfel in Cancun muss deshalb in einer intensivierten und ausgebauten „Klimadiplomatie“ liegen. Alle Länder müssen einbezogen werden, denn der Klimawandel ist ein globales Problem und nicht nur eines der Industrieländer.

Wir alle sind betroffen, doch bietet der Klimawandel uns auch die Chance, effizienter mit unseren Rohstoffen umgehen zu lernen, unsere Produktivität zu steigern und nachhaltiger zu wirtschaften. Damit nehmen wir auch unsere Verantwortung gegenüber unseren Kindern wahr, ihnen eine lebenswerte Welt zu übergeben.



Prof. Dr. Kai A. Konrad, Stellvertreter der Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats beim BMF

Foto: David Ausserhofer

Deutschland hat seit Jahren versucht, durch einseitige Vorleistungen und eine Vorreiterrolle ein internationales Umweltabkommen zu erreichen. Der erneute Misserfolg in Kopenhagen, die weitgehende Wirkungslosigkeit deutscher oder europäischer Einzelleistungen in der Klimapolitik und die hohen Kosten, die Deutschland für seine Klimapolitik bereits heute trägt, stellen die bisherige deutsche Klimapolitik auf den Prüfstand.

Das jüngste Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Finanzen empfiehlt ein Umdenken. Einzelstaatliche Vorleistungen führen eher zur Verringerung der klimapolitischen Anstrengungen in anderen Ländern. Sie wecken internationale falsche Erwartungen, was die Zahlungsbereitschaft des

Vorreiters für Klimaschutz angeht, und reduzieren die Anreize anderer Länder, zu einem internationalen Klimaabkommen zu gelangen. All das verringert die Chancen für das Zustandekommen eines internationalen Klimaabkommens.

Auch Klimapolitik nach dem Motto „Viel hilft viel“ ist oft nutzlos und teuer. Nationale und internationale Zusammenhänge und Rückwirkungen sind entscheidend! Die milliarden-schwere Förderung der Stromerzeugung aus regenerativen Energien in Deutschland ist ein Beispiel. Sie wurde schon vor Jahren vom Wissenschaftlichen Beirat beim BMWI als teuer und komplett wirkungslos erkannt. Auch die Subventionen im Bereich der Erzeugung von Biokraftstoffen stehen zunehmend in der internationalen Kritik, weil sie zu einem massiven Anstieg der Preise für Grundnahrungsmittel in einigen Schwellenländern beitragen. Ähnliche Einwände treffen die jüngsten Überlegungen für klimapolitische Einzelmaßnahmen und Regulierungsvorschriften in der Landwirtschaft.

Die bereits erfolgten CO₂-Emissionen und auch natürliche Entwicklungen führen in den kommenden Jahrzehnten zu Klimaveränderungen. Die Landwirtschaft steht dabei vor Herausforderungen und muss geeignete Anpassungsstrategien entwickeln und ergreifen.

Kreisgeschäftsführertagung vom 17. bis 20. Mai in Berlin

Die verbandsinterne Weiterbildung findet in der Katholischen Akademie und im HdLE in Berlin statt. Bei dieser Tagung erhalten Kreisgeschäftsführer und Mitarbeiter aus den Landesbauernverbänden aus dem gesamten Bundesgebiet die Gelegenheit, mehr über die Verbandsarbeit und politische Einflussnahme in Berlin zu erfahren sowie sich über aktuelle Entwicklungen zu informieren.

Auf der Kreisgeschäftsführertagung werden DBV-Mitarbeiter zu ausgewählten aktuellen Themen in der Agrarpolitik referieren. So wird es um das Steuerrecht, die Rechtssprechung zu den Betriebsprämien und den Bundesnaturschutz gehen. Daneben werden auch Fragen in der Umweltpolitik, in der Tierhaltung, im Ackerbau und in der Milchpolitik ausführlich behandelt. Ein weiterer Schwerpunkt wird der Leitbildprozess im DBV sowie die Kommunikationsstrategie des Bauernverbandes im Hinblick auf die Debatte um die EU-Agrarpolitik sein.

Programm und Anmeldeformulare zur Kreisgeschäftsführertagung gibt es bei den Landesbauernverbänden sowie beim Deutschen Bauernverband unter der Telefonnummer 030/31904-210, Marion Ott (m.ott@bauernverband.net).